



EUROPEAN
PROPERTY
AWARDS
ARCHITECTURE
2020-2021



Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 05.01.2026

Ltg. -879 /XX-2026



Ref. No.: ADM-LEX-PMP-26-334
Date: 05.01.2026

An den:

Landtag von Niederösterreich

Amt der NÖ Landesregierung
Landhausplatz 1
Haus 1
3109 St. Pölten
Niederösterreich
Österreich

E-Mail:

post.landtag@noel.gv.at

post.landhoe@noel.gv.at

CC: Per email. Zu den Akten.

**PM Private
Austria
OUTGOING DOCUMENTS**

Date: 05.01.2025

Doc. No : 118

Betreff: Bürgeranliegen: Patientensicherheit, Governance und öffentliche Verantwortung bei der EBG MedAustron GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtages Niederösterreich,

gemäß meinem verfassungsrechtlich garantierten Recht auf Einbringung eines Bürgeranliegens wende ich mich als österreichischer Staatsbürger und Einwohner des Landes Niederösterreich an den Landtag Niederösterreich.

Dieses Bürgeranliegen richtet sich ausdrücklich an den Landtag in seiner Funktion als gesetzgebendes und kontrollierendes Organ des Landes Niederösterreich und nicht an die Landesregierung als Exekutive. Ergänzend halte ich fest, dass ich die Landesregierung bereits gesondert über die nachstehend geschilderten Sachverhalte informiert habe; dieses Schreiben dient der parlamentarischen Wahrnehmung von Kontroll-, Transparenz- und Budgetverantwortung.

Gegenstand dieses Bürgeranliegens ist die EBG MedAustron GmbH, eine landesnahe Gesellschaft, deren wirtschaftliche Existenz in erheblichem Umfang durch öffentliche Mittel, Haftungen und Garantien des Landes Niederösterreich abgesichert wird.

1. Parlamentarischer Kontroll- und Informationsbedarf

Aus öffentlich zugänglichen parlamentarischen Unterlagen und Rechnungsabschlüssen ergibt sich, dass die Gesellschaft seit Jahren erhebliche kumulierte Verluste aufweist und zugleich eine relevante finanzielle Exponierung des Landes Niederösterreich besteht. Dies begründet aus meiner Sicht einen

klaren parlamentarischen Informations- und Kontrollbedarf im Hinblick auf Budgetverantwortung, Risikosteuerung und Governance landesnaher Gesellschaften.

Zusätzlich weisen öffentlich bekannte Kündigungswellen und signifikante personelle Rotation in leitenden Funktionen auf strukturelle Instabilitäten hin, die im klinischen und forschungsbezogenen Umfeld als klassische Warnsignale („Red Flags“) für erhöhte Governance-, Dokumentations- und Aufsichtsrisiken gelten. Aus parlamentarischer Sicht stellt sich daher die Frage, ob und in welcher Form diese Entwicklungen auf Ebene der Aufsichtsorgane und der politischen Kontrolle ausreichend berücksichtigt wurden.

2. Anlass des Bürgeranliegens

Als österreichischer Staatsbürger sah ich mich infolge fehlender bzw. unvollständiger medizinischer Dokumentation gezwungen, meine weitere onkologische Behandlung im Ausland fortzusetzen. Erst nachdem ich mich dort in einer akuten medizinischen Notlage befand, wurden mir seitens MedAustron Teile meiner medizinischen Daten nach knapp einem Jahr übermittelt. Wesentliche studienbezogene Unterlagen – insbesondere jene, die eine vollständige Nachvollziehbarkeit der klinischen Studienverantwortung einschließlich der Rolle des Principal Investigators (PI) ermöglichen würden – wurden jedoch bis heute nicht vollständig zur Verfügung gestellt.

Dieser Sachverhalt ist nicht Gegenstand medizinischer Bewertung durch den Landtag, wirft jedoch aus parlamentarischer Sicht grundlegende Fragen der Transparenz, Dokumentationspflichten, Governance sowie der patientensicherheitsrelevanten Aufsicht bei landesnahen klinischen Forschungsvorhaben auf.

Zu diesen Sachverhalten wurden von mir bereits formelle Eingaben bei zuständigen Fach- und Aufsichtsbehörden (u. a. Datenschutzbehörde, zuständige Ethikkommission) eingebracht. Diese Verfahren liegen außerhalb des parlamentarischen Bereichs und sollen hier ausdrücklich nicht vorweggenommen werden.

3. Belegbarkeit und Verantwortungsübernahme

Die angesprochenen Aspekte sind durch umfangreiche Dokumentation und Daten belegbar. Ich erkläre ausdrücklich meine Bereitschaft, entsprechende Unterlagen dem Landtag Niederösterreich oder seinen zuständigen Ausschüssen zur Verfügung zu stellen und meine Angaben erforderlichenfalls im Rahmen einer eidesstattlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Ersuchen an den Landtag Niederösterreich

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Landtag Niederösterreich zu prüfen,

- ob und in welcher Form eine parlamentarische Befassung mit der wirtschaftlichen Entwicklung, den Budgetrisiken und den Governance-Strukturen der EBG MedAustron GmbH vorgesehen ist,
- ob Berichte der Landesregierung, der Beteiligungsverwaltung oder der Aufsichtsorgane eingeholt werden sollen,
- und wie der Landtag seine Kontroll- und Transparenzfunktion in Bezug auf landesnahe Gesellschaften wahrt, insbesondere dort, wo finanzielle Risiken und patientensicherheitsrelevante Fragestellungen zusammentreffen.

Dieses Bürgeranliegen versteht sich ausdrücklich als sachlicher Beitrag zur parlamentarischen Kontrolle, zur verantwortungsvollen Verwendung öffentlicher Mittel sowie zum Schutz des Vertrauens in landesnahe Einrichtungen. Zugleich ist es als Hinweis auf governance-, dokumentations- und risikorelevante Fragestellungen im Zusammenhang mit einer landesnahen Gesellschaft zu verstehen und dient der sorgfältigen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

Gerne stehe ich dem zuständigen Ressort für einen persönlichen Austausch sowie für die vollständige und uneingeschränkte Zurverfügungstellung aller relevanten Informationen und Unterlagen zur Verfügung. Darüber hinaus bin ich bereit, durch mein Team eine strukturierte Gesamtdarstellung der vorliegenden Sachverhalte einschließlich der vorhandenen Dokumentation und Belege auszuarbeiten; bei Bedarf können auch fachkundige Auskunftspersonen benannt werden. Aus meiner Sicht handelt es sich dabei nicht um einen isolierten Einzelfall, sondern um Fragestellungen mit potenzieller Relevanz für Aufsicht, Risikosteuerung und institutionelle Verantwortung gegenüber Patientinnen und Patienten.

Die von mir vorgebrachten Sachverhalte sind dokumentiert belegbar; ich bin jederzeit bereit, diese erforderlichenfalls durch eine eidesstattliche Erklärung zu bestätigen und sämtliche relevanten Unterlagen uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen, soweit dies im Interesse der Patientensicherheit geboten ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



DI. Dr. Pavle Matijevic